

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Martin Große Hüttmann

In ihrer Jahresbilanz 2005 verwies die Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA), Anne-Marie Sigmund, auf die verbesserte interne Kommunikation und die effizienter organisierten Arbeitsabläufe, sowie auf die Bemühungen des EWSA, politische Prioritäten zu setzen. Als Prioritäten in diesem Sinne nannte Frau Sigmund die Lissabon-Strategie, die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern („Communicating Europe“), die finanzielle Vorausschau 2007-2013 sowie die Revision der Kohäsionspolitik, den eigenständigen Beitrag des EWSA zur Nachbarschaftspolitik der EU (östliche Nachbarn, EUROMED, Balkan) sowie die Rolle Europas in der Welt.¹

Lissabon-Strategie: immer noch ein zentrales Thema

Dass Österreich zum Januar 2006 die Ratspräsidentschaft übernommen hat, bot aus Sicht der österreichischen EWSA-Präsidentin eine „einmalige Chance“. Das „hohe Maß an Übereinstimmung zwischen den Prioritäten des Ausschusses und denen des Ratsvorsitzes“ eröffneten, so Frau Sigmund, dem EWSA ganz neue Möglichkeiten der Einflussnahme.² Durch Sondierungsstellungen im Zusammenhang mit der Lissabon-Strategie versuchte der EWSA mit dazu beizutragen, der Strategie doch noch zum Erfolg zu verhelfen. Der Ausschuss organisierte eine Reihe von Sachverständigenanhörungen, mit denen er seinen Bericht für den Frühjahrsgipfel 2006 vorbereitete. Vor allem die portugiesische Professorin Maria Joao Rodrigues, die zu den ‚Erfindern‘ der Lissabon-Strategie gehört, war eine wichtige Sachverständige bei den Anhörungen im November 2005.³

Die Lissabon-Strategie war in verschiedenen Zusammenhängen ein zentrales Thema auf der Agenda des EWSA. Nachdem der Europäische Rat auf seinem Frühjahrsgipfel 2005 den Wirtschafts- und Sozialausschuss aufgerufen hatte, sich bei der Umsetzung der Lissabonstrategie zu engagieren, bildete dieser einen eigenen Unterausschuss, der im Mai 2005 zum ersten Mal tagte. Ziel des EWSA ist es, ein „interaktives Netzwerk“ aufzubauen, an dem die mitgliedstaatlichen Wirtschafts- und Sozialräte wie auch andere Partner beteiligt sind, um einerseits eine verbesserte Mitwirkung der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der ehrgeizigen Lissabon-Ziele und gleichzeitig eine direktere Kontrolle zu ermöglichen.⁴ Die Anhörung des EWSA im November 2005 zeigte die Probleme der Implementation der Lissabon-Strategie auf. Eine Sachverständige wies darauf hin, dass

-
- 1 Ich danke Tim-C. Bartsch ganz herzlich für seine Unterstützung bei der Recherche. Plenartagung des EWSA am 14. Dezember 2005 in Brüssel: Jahresbilanz des Arbeitsprogramms von Dr. Anne-Marie Sigmund, Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses für ihre Mandatsperiode 2004-2006, CESE 1509/2005 Anlage 1 (DE) as.
 - 2 Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss: Aktivitäten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses während des österreichischen Ratsvorsitzes, CESE 1382/2005, S.2; vgl. dazu auch Bulletin Quotidien Europe Nr. 9121, 01.02.2006, S. 16.
 - 3 Bulletin Quotidien Europe Nr. 9061, 04.11.2005, S. 10.
 - 4 EWSA Info Nr. 5, Juli 2005, S. 1.

etwa das Ziel, bis zum Jahr 2010 drei Prozent des Bruttosozialprodukts in die Forschung zu investieren nicht einmal annähernd erreicht sei; wenn es hier keine verstärkten Anstrengungen gebe, werde „China die Ziele von Lissabon eher erreichen als die EU“.⁵

Auf einer gemeinsamen Tagung des EWSA mit dem ungarischen Wirtschafts- und Sozialrat in Budapest im März 2006 wurde diese Diskussion vertieft und es wurde hervorgehoben, dass die Lissabon-Strategie nur dann erfolgreich umgesetzt werden könne, wenn die mitgliedstaatlichen Akteure stärker eingebunden würden. Ein Zehn-Punkte-Plan, der in Budapest verabschiedet und an den Europäischen Rat adressiert wurde, listete eine Reihe von konkreten Empfehlungen auf: (1) den Bürgern solle die Lissabon-Strategie klarer und besser erläutert werden; (2) die organisierte Zivilgesellschaft solle besser eingebunden werden in die Umsetzung der Reformen; (3) die Wahrung des Gleichgewichts zwischen den drei Säulen der Lissabon-Strategie sowie (4) die Erarbeitung einer kohärenten Kommunikationsstrategie, die wichtige Multiplikatoren, wie etwa Mitglieder des EWSA, nationale Wirtschafts- und Sozialräte sowie europäische Nichtregierungsorganisationen mit einbeziehe.⁶ Auch das Weißbuch der Kommunikation der Europäischen Kommission vom Februar 2006 spielte eine wichtige Rolle für die Arbeit des Ausschusses. Die zuständige Kommissarin Margot Wallström bescheinigte dem EWSA eine „ausgezeichnete Zusammenarbeit“ zwischen beiden Institutionen.⁷ Weitere Beispiele für die verbesserte Öffentlichkeitsstrategie des EWSA sind die Verbreitung des regelmäßig erscheinenden Newsletter in allen Amtssprachen, die Umbenennung des „Montoyer“-Gebäudes des Ausschusses, das nun den Namen der österreichischen Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner trägt oder auch die geplante jährliche Vergabe eines Preises für die organisierte Zivilgesellschaft in einer Gesamthöhe von 20.000 Euro; unterstützt werden sollen damit Initiativen, die „maßgeblich zur Förderung und Stärkung der europäischen Identität als eines für die europäische Integration unverzichtbaren Kulturelements beitragen.“⁸ Mit der Einführung neuer Internet-Domains überarbeitete der EWSA auch seinen Internetauftritt, der nun übersichtlicher und damit „anwenderfreundlicher“ wurde.⁹

Plenartagungen und wichtige Stellungnahmen

	2001	2002	2003	2004	2005
Plenartagungen	9	9	9	9	9
Stellungnahmen	192	176	184	191	118
– obligatorische Stellungnahmen	65	74	77	156	80
– fakultative Stellungnahmen	79	56	86		
– Initiativstimmungen	48	46	21	35	31
Sondierungsstimmungen	2	5	8	6	7
Informationsberichte	3	1	2	2	5
Summe der ausgearbeiteten Dokumente	195	177	186	199	123

5 EWSA Info Nr. 9, November 2005, S. 2.

6 EWSA Info Nr. 4, April 2006, S. 2.

7 EWSA Info Nr. 3, März 2006, S. 2.

8 EWSA Info Nr. 3, Mai 2006, S. 2.

9 EWSA Info Nr. 3, Mai 2006, S. 3. Die neue Adresse lautet nun: <http://www.eesc.europa.eu>.

In den insgesamt neun Plenartagungen verabschiedete der WSA im Jahr 2005 insgesamt 103 Stellungnahmen; dazu kamen noch sieben Sondierungsstimmungen und neun Informationsberichte.¹⁰ Die Stellungnahmen beschäftigten sich u.a. mit den Themen Dienstleistungen im Binnenmarkt, Finanzierung der GAP, soziale Dimension der Globalisierung, Kohäsionsfonds, System der Eigenmittel der Gemeinschaft oder auch europäische Wissensgesellschaft.

Der EWSA und die europäische Verfassungskrise

In der Debatte um die Zukunft der europäischen Integration in der Folge der „Verfassungskrise“ setzte sich der Ausschuss für einen dezentralen Ansatz ein. Aus Sicht der EWSA-Präsidentin Sigmund sollen die Debatten auf nationaler und lokaler Ebene geführt werden, um die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar einbeziehen zu können. Dem Ausschuss komme dabei eine Multiplikatoren-Rolle zu.¹¹ Der Ausschuss beansprucht dabei zu recht, dass er immer wieder – auch schon vor der Ablehnung der EU-Verfassung in den Referenden in Frankreich und in den Niederlanden – auf die „bedrohliche Kluft“ zwischen der EU und den Bürgerinnen und Bürgern in den Mitgliedstaaten hingewiesen habe; stets habe der EWSA angemahnt, „die Kommunikation mit den Bürgern Europas nicht als Nebensache, sondern als feste(n) Bestandteil der Politik“ zu verstehen.¹²

Neues Protokoll zur Zusammenarbeit mit der Kommission und organisatorische Veränderungen

Im November 2005 vereinbarten die Europäische Kommission und der EWSA ein Protokoll, das die Zusammenarbeit zwischen beiden Institutionen verbessern soll. Das Dokument ergänzt das alte, im Dezember 2001 unterzeichnete Protokoll in zwei wichtigen Punkten, denn weder die Erweiterung noch das Thema „Governance“ waren im alten Protokoll hinreichend geklärt. Eine Reihe von Absichtserklärungen und konkreten Reformen sollen dazu beitragen, dass Kommission und EWSA, wie im Protokoll festgehalten ist, maßgeblich an der „Weiterentwicklung der partizipativen Demokratie auf EU-Ebene“ mitwirken.¹³ Dazu gehört, dass im Protokoll (1) die Rolle des EWSA als Vermittler zwischen organisierter Zivilgesellschaft und den EU-Institutionen ausdrücklich bestätigt wird; dass (2) eine verbesserte Kommunikationspolitik vereinbart wird; daneben werden (3) eine abgestimmte Koordination bei der Festlegung der Prioritäten durch institutionalisierte Treffen zwischen den Präsidenten beider Institutionen festgeschrieben und (4) sollen die vom Ausschuss eingebrachten Mitteilungen auf ihre Wirkung hin untersucht werden (follow-up).¹⁴ Die EWSA-Präsidentin sprach bei der Unterzeichnung des Protokolls von einer „neuen Kultur des Dialogs und der Debatte mit der Zivilgesellschaft“.¹⁵ Der Ausschuss hat sich im Protokoll auch dazu verpflichtet, die angestrebte „Rationalisierung seiner Arbeit“ und die wünschenswerte Prioritätensetzung dadurch zu erreichen, dass er bei der Auswahl der Themen für Initiativstimmungen

10 Vgl. Europäische Kommission: Gesamtberichte über die Tätigkeit der Europäischen Union, Brüssel/Luxemburg 2005 bzw. 2006 und verschiedene Ausgaben des Bulletin der Europäischen Union (Online-Ausgabe).

11 Bulletin Quotidien Europe Nr. 9063, 08.11.2005, S. 12.

12 Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss: Aktivitäten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses während des österreichischen Ratsvorsitzes, CESE 1382/2005, S. 3.

13 Europäische Kommission und Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss: Protokoll über die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, CESE 1391/2005 (FR), S. 2.

14 Bulletin Quotidien Europe Nr. 9062, 05.11.2005, S. 13.

15 Bulletin Quotidien Europe Nr. 9063, 08.11.2005, S. 13.

„strengere Kriterien“ anwendet und den Entscheidungsprozess durch beschleunigende Verfahren effizienter gestaltet. Zudem verpflichtet sich der Ausschuss, in seinen Stellungnahmen die „von ihm empfohlenen punktuellen Veränderungen an Legislativvorschlägen der Kommission deutlicher herauszustellen“ und darüber hinaus die „wichtigsten von ihm formulierten Empfehlungen und Vorschläge in übersichtlicher Form zusammenzufassen“.¹⁶ Zu den Veränderungen der Arbeit des EWSA gehört auch der Umzug in ein neues Gebäude.

Internationale Kontakte

Der Wirtschafts- und Sozialausschuss nahm auf seiner Plenartagung im April 2006 die Aufnahme von Rumänien und Bulgarien bereits vorweg. Die beiden Delegationen beteiligten sich in der Debatte zum Thema „Europa vermitteln – Wie kann die Kluft zu den Bürgern überbrückt werden?“ teil. Mit der Aufnahme von Bulgarien und Rumänien wächst die Zahl der Mitglieder im EWSA von 317 auf 344.¹⁷ In einem Interview machte Stefan Varfalvi, Ko-Vorsitzender des Gemischten Beratenden Ausschusses (GBA) EU-Rumänien deutlich, weshalb er die Zusammenarbeit mit dem EWSA als Erfolg ansieht: „Die Zusammenarbeit mit dem EWSA hat uns eine Tür in die Union geöffnet und uns auch zu kontinuierlichen Veränderungen im Hinblick auf unsere Tätigkeit veranlasst“.¹⁸

Aber auch mit anderen Staaten und Regionen pflegte der Wirtschafts- und Sozialausschuss auch 2005 und 2006 wieder intensive Kontakte. Ende November 2005 feierte der EWSA anlässlich der 20. Sitzung des Gemischten Beratenden Ausschusses (GBA) EU-Türkei das 10-jährige Bestehen des Dialogs mit der Türkei. Der Ausschuss setzte sich für eine Intensivierung der Kontakte ein, etwa durch die Änderung der Visaerteilung, um den Austausch der unterschiedlichen Gruppen der Zivilgesellschaft zu erleichtern.¹⁹ Daneben gab es Kontakte des EWSA etwa mit Vertretern der ukrainischen Zivilgesellschaft im Februar 2006 in Kiew und einen Austausch mit Akteuren aus der Zivilgesellschaft der westlichen Balkanstaaten im Mai 2006 in Brüssel.

Weiterführende Literatur

- Martin Große Hüttmann: Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 2005*, Baden-Baden 2005, S. 119-122.
- Thomas Jansen: Zur Europäisierung der ‚organisierten‘ Zivilgesellschaft: ein Bericht aus der Praxis, in: Michèle Knodt/Barbara Finke (Hrsg.): *Europäische Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien*, Wiesbaden 2005, S. 153-169.
- Charlie Jeffery: Social and Regional Interests: ESC and Committee of the Regions, in: John Peterson/Michael Shackleton (Hrsg.): *The Institutions of the European Union*, 2. Aufl., Oxford 2006, S. 312-3330.
- Michèle Knodt/Barbara Finke (Hrsg.): *Europäische Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien*, Wiesbaden 2005.
- Stijn Smismans (Hrsg.): *Civil Society and Legitimate European Governance*, Cheltenham 2005.
- Oliver Suhr: Artikel I-32, Verfassung der Europäischen Union, Kommentar der Grundlagenbestimmungen (Teil I), herausgegeben von Christian Calliess und Matthias Ruffert, München 2006, S. 375-385.
- Yvonne-Maria Wiegner: *Die Funktion des Wirtschafts- und Sozialausschusses als demokratisches Element in der EG*, Diss., Bielefeld 2004.

16 Europäische Kommission und Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss: Protokoll über die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, CESE 1391/2005 (FR), S. 5 und 6.

17 EWSA Info Nr. 5, Mai 2006, S. 4.

18 EWSA Info Nr. 1, Januar 2006, S. 4.

19 EWSA Info Nr. 1, Januar 2006, S. 1.